Beschlussvorlage

B-069/04-09/SR

Amt: Bauamt

Erstellungsdatum: 09.02.2005

Betreff:

Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Genthin und OT Parchen

Status: öffentlich

Beratungsfolge:		Abstimmung		
Sitzungsdatum	Gremium	JA	NEIN	Enthaltung
21.02.2005	Bau- und Vergabeausschuss			
24.02.2005	Ortschaftsrat Parchen			
17.03.2005	Stadtrat der Stadt Genthin			
Ergebnis		beschlossen		abgelehnt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Genthin beschließt

die anliegende Satzung über die Erhebung von einmaligen Straßenausbaubeiträgen der Stadt Genthin inkl. OT Parchen (Straßenausbaubeitragssatzung)

Folgende Änderungen sind einzuarbeiten:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Sichtvermerk/Datum:	Turian		Bernicke
09.02.2005	Amtsleiter/in		Bürgermeister

Sachverhalt:

Der Änderungsbedarf für die bestehenden Satzung zur Erhebung von einmaligen Ausbaubeiträgen ergibt sich aus der Anpassungspflicht hinsichtlich der Rechtsnormen und Rechtsgrundlagen.

Durch den Gesetzgeber wurden darüber hinaus eine Reihe von Empfehlungen vorgegeben, die zu einer weiteren Rechtssicherheit der Satzungen führen sollen. Die Satzungen der Stadt Genthin und der ehemaligen Gemeinde Parchen wurden zusammengeführt, so dass einmal eine einheitliche Berechnungsgrundlage besteht und weiter auch der Verpflichtung zur Anpassung nach dem Gebietsänderungsvertrag entsprochen werden kann.

Auf dieser Grundlage wurde der anliegende Satzungsentwurf erarbeitet, um ein hohes Maß an Rechtssicherheit zu erlangen.

Die Rechtssicherheit des Entwurfes wurde durch einen anerkannten Fachanwalt geprüft und freigegeben.

Einer weiteren Anlage können die detaillierten Änderungen entnommen werden. Darin wurde auch dargestellt, in welchem Maß ein Ermessensspielraum der Kommunen bestehen.

Grundsätzlich sind in diesem Entwurf nur die Mindestanforderungen des Gesetzgebers bedient worden, die sich aus der Verpflichtung zur sachlichen Vorteilsbemessung ergeben, der diesbezügliche Ermessensspielraum der Kommune hinsichtlich der Von-Bis-Spanne wurde mit dem Mindestsatz bedient.

In Bezug auf die Billigkeitsregelung zu den übergroßen Grundstücken wurden die gesamten Grundstücke, incl. des Ortsteils , zusammengefasst. Daraus ergibt sich eine Begünstigung der großen Grundstücke in der Gemeinde, allerdings zu Lasten der Allgemeinheit.

Der Entwurf enthält die Erhöhung der Tiefenbegrenzung um 10 m , da die tatsächliche durchschnittliche Nutzungstiefe der Grundstücke diese Vorgabe rechtfertigen würde. Für die betroffenen Grundstückseigentümer ergibt sich daraus eine Höherbelastung , allerdings nach dem Grundsatz der tatsächlichen Vorteilsbemessung gerechtfertigt. Diese Veranschlagung darf grundsätzlich nur außerhalb der sogenannten Innenbereiche angewendet werden.

Da es dazu keine gesetzliche Vorgabe gibt, besteht zu dieser Festlegung eine Ermessensentscheidung des Rates.

Der überwiegende Teil der Änderungen ist von redaktioneller Art und aus der Mustersatzung entnommen und führt zu keiner geänderten Anliegerbelastung.

Rechtsgrundlage:

Kommunalabgabengesetz LSA

Gemeindeordnung LSA

Straßenausbaubeitragssatzung Stadt Genthin

Anlagen: Anlage 1- Erläuterungen zum Satzungsentwurf

Anlage 2 Satzungsentwurf